



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger:innenbrief

21. April 2022

Keinen »Kinderknast« +++ Elbtower +++ Gegen Waffenlieferungen +++ Der Appell +++ Feiertag am 8. Mai



Ein nachträglicher Gruß zu den österlichen Feiertagen (Zeichnung: Birgit Kiupel)

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist eine Zeit schneller Umorientierungen und Neupositionierungen, die uns ein wenig den Atem rauben. Nicht, dass wir den GRÜNEN nach ihrer Zustimmung zu den Jugoslawien-Kriegen noch allzu viel friedenspolitisches Rückgrat zugetraut hätten, aber wie im Rahmen der durch nichts zu entschuldigenden russischen Ukraine-Intervention aus den ehemaligen Verfechter:innen eines konsequenten Pazifismus die zurzeit lautesten Bellizist:innen wurden, das gilt es in nächster Zeit noch umfassend zu analysieren.

Selbst »der grüne Ober-Linke Toni Hofreiter«, so die auch nicht gerade auf Deeskalation setzende »taz«, »rattert derzeit Vor- und Nachteile von verschiedenen Waffentypen auf, als sei er Repräsentant eines Rüstungsunternehmens« (taz.

de/Waffenlieferungen-in-die-Ukraine/!5846282/). Uns wird bange angesichts solcher Wendepolitiker:innen, zumal in Regierungsverantwortung. Und noch mehr sorgen wir uns um die unabsehbaren Folgen von Panzerlieferungen in die Ukraine, einer massiven Aufrüstung und Militarisierung der Gesellschaft und des damit einhergehenden einschneidenden Sozialabbaus. Wir widmen deshalb den Alternativen zu Kriegsgetrommel und Aufrüstung in diesem »Bürger:innenbrief« zwei längere Beiträge.

Daneben geht natürlich der stadtpolitische Alltag weiter, auch wenn wir es in diesen Wochen schwer haben, mit den Sorgen und Forderungen der Menschen und unseren Themen durchzudringen. Zwei Artikel mögen unser ja durchaus nicht

geschmäleretes Engagement gegen ungute Entwicklungen in Hamburg beispielhaft verdeutlichen: der Protest gegen einen neuen »Kinderknast« für auffällige Kinder am Klotzenmoorstieg und unsere Ablehnung des riesenhohen Elbtowers – des

völlig überflüssigen Olaf-Scholz-Gedächtnisturmes – an den Elbbrücken.

Heike Sudmann und Sabine Boeddinghaus,
Hanno Plass und Michael Joho

Klarer Widerspruch gegen einen neuen »Kinderknast« in Hamburg!

Von Sabine Boeddinghaus

Der Senat plant eine Sondereinrichtung am Klotzenmoorstieg, eine sogenannte »hochstrukturierte« Einrichtung für psychisch besonders belastete Kinder im Alter von 9 bis 13 Jahren an der Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Kinder- und Jugendpsychiatrie mit speziellem pädagogischen und psychiatrischen Betreuungsbedarf. »Das wird auch nicht besser, wenn man es in Hamburg das dritte Mal versucht.« Mit diesen deutlichen Worten wendete sich der ehemalige Vorsitzende der Hamburger Enquete-Kommission »Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken«, Christian Schrapper, während einer Fachveranstaltung am 4. März 2022 gegen die geplante Jugendhilfeeinrichtung am Standort Klotzenmoorstieg. (<https://taz.de/Streit-um-Heimerziehung!/5834165/>)

Das dritte Mal nach der geschlossenen Unterbringung (GU) in der Feuerbergstraße und in den Heimen der Haasenburg GmbH sollen nun wieder Kinder zwischen 9 und 13 Jahren, die als »psychisch besonders belastet« etikettiert sind, abgesondert und auch geschlossen untergebracht werden. Die Kinder werden als »zum Teil ambulant-psychiatrisch behandlungsbedürftig oder aus einem vorhergehenden stationären Aufenthalt in der Kinder- und Jugendpsychiatrie« kommend kategorisiert. In der Sondereinrichtung am Klotzenmoorstieg sind in der sogenannten Clearingphase freiheitsentziehende Maßnahmen nach § 1631b BGB eine festgeschriebene Option. Dieses Spezialheim wird nun als hochstrukturiert, nicht mehr als geschlossen oder teilgeschlossen bezeichnet. Dort sollen die jungen Menschen nach bis heute unklaren Kriterien drei Phasen durchlaufen und auch intern beschult werden. Die drei Phasen sollen die Kinder in bis zu zwei Jahren schaffen können – um dann nach der Absonderung integrierbar ins »normale« Leben und/oder in die nächste Jugendhilfemaßnahme entlassen zu werden.

Dass es ein in sich geschlossenes System sein wird, zeigt sich auch in der geplanten baulichen Gestaltung: »Aus mehreren Baukörpern soll ein geschützter »Innenhof«-Charakter erzielt werden.« Schutz, angestrebte Heilkraft durch die Architektur, aber auch eine »besondere Haltekraft« und Sicherheitsanforderungen ziehen sich durch die Bauausschreibung, »die eine über das Bundesland hinauswirkende Einrichtung realisieren« soll. (alle Zitate und Informationen zur Zielgruppe, zum Konzept und zu baulicher Gestaltung: https://ausschreibungen-deutschland.de/813190_Nebau_einer_Jugendhilfeeinrichtung_Klotzenmoorstieg_2_22453_Hamburg_Leistung_zur_2021_Hamburg)



Quelle: Michael Lindenberg

Die Senatstragenden Bürgerschaftsfraktionen von SPD und Grünen haben dieses Vorhaben nun aufgenommen und im Rahmen eines Antrages ein entsprechendes Gremium, bestehend aus den Fachsprecher:innen aller Fraktionen, vorgeschlagen (und mit ihren eigenen Stimmen auch beschlossen), das die weitere Planung und Operationalisierung fachlich begleiten soll. (Drs.: 22/7674)

Meine Fraktion lehnt diese Art von Einrichtung grundsätzlich ab und mithin auch dieses Begleitgremium als eine Scheinbeteiligung, weil die Eingriffsmöglichkeit in Konzept und fachlicher Ausrichtung fehlt.

Wir teilen die Auffassung vieler Expert:innen aus Wissenschaft und Praxis Sozialer Arbeit, die sich seit Langem, fachlich gut begründet, gegen eine soziale Absonderung junger Menschen, die als »multipel belastet«, »mit geringer Frustrationstoleranz«, »psychisch auffällig« etc. kategorisiert und diagnostiziert werden, wenden und haben dies in einem Zusatzantrag deutlich gemacht (der leider ohne fachliche Beratung abgelehnt wurde, s. Drs.: 22/7759). Hierbei machen die Fachleute deutlich, dass nicht all diese Kategorisierungen Ausgangspunkt der Negativspiralen mit teils gravierenden Folgen für junge Menschen sind, sondern die Arbeits- und Lebenssituationen selbst oft zu vielerlei Arten von Überforderung aller Beteiligten führen. Aller Beteiligten meint Sozialpädagog:innen, Erzieher:innen, Lehrkräfte und selbstverständlich auch die Kinder und Jugendlichen und ihre

Angehörigen. Sie alle müssen in einem System agieren, das nicht bedarfsgerecht aufgestellt und ausgestattet ist. Auf den Punkt bringt es auch die Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen (IGFH): »Deshalb handelt es sich bei Fragen um GU nicht nur um Fragen der Humanität, die sich ja bekanntlich darin zeigt, wie eine Gesellschaft mit ihren Schwächsten umgeht, sondern auch um Fragen der Effektivität der Kinder und Jugendhilfe insgesamt. Und: Es geht um das Recht, nicht nur gewaltfrei, sondern auch in Freiheit erzogen zu werden.« (AG der IGFH 2013).

Doch die Expert:innen belassen es nicht bei ihrer begründeten Kritik, sondern benennen fachlich fundierte Alternativen. Hierbei verweisen sie auch auf fachliche und rechtliche Rahmenbedingungen, wie sie mit der SGB VIII Reform, aber auch in der seit langem ratifizierten UN-Kinderrechtskonvention und der UN-Behindertenrechtskonvention zum Tragen kommen. Exemplarisch sei hier Folgendes angeführt: »Vor dem Hintergrund des neuen Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes und den darin enthaltenen Inklusionsbestrebungen halten wir die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Einrichtungskonzeption zur besseren Kooperation von Kinder- und Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie für überholt. Das gerade verabschiedete Gesetz stärkt Inklusion, Sozialraumorientierung und die Partizipation von Kindern und Jugendlichen in vielen Paragraphen (z. B. §4a; § 8; § 10 a etc.). Hinzu kommt der gesellschaftspolitische Wandel in Bezug auf die Kinderrechte und die in Hamburg intensiv geführte Debatte der Enquete-Kommission »Kinderschutz und Kinderrechte weiter stärken«. Diesen Anspruch, dass Kinderrechte weiter gestärkt werden müssen, damit sich inklusiver Kinderschutz in Hamburg gut entwickeln kann, gilt es nun praxiswirksam in der Kinder- und Jugendhilfe umzusetzen und ihm gerecht zu werden. Die Idee einer Einrichtung mit hochstrukturiert ausgestalteten intensivpädagogischen Maßnahmen knüpft nicht an diese Entwicklung an, sondern fördert Exklusion.« [...] Aus Perspektive der Mitarbeiter*innen in stationären Einrichtungen ist das größte Problem im Umgang mit diesen Kindern die schwierige Kooperation zwischen Kinder- und Jugendhilfe und Jugendpsychiatrie. Sie fühlen sich oft fachlich alleine gelassen in ihrem Bestreben, die Kinder- und Jugendlichen mit ihren Besonderheiten zu begleiten. Dabei bemängeln sie vor allem fehlende zeitliche, personelle

und räumlich-bauliche Ressourcen an den Schnittstellen der beiden Bereiche. Häufig wünschen sich Mitarbeiter*innen der Kinder- und Jugendhilfe psychologische Sprechzeiten in den Wohngruppen, Notschlafstellen in den psychiatrischen Einrichtungen in eskalierenden Situationen, falls die anderen Kinder der Wohngruppen oder die Mitarbeiter*innen eine (kurze) Auszeit brauchen, oder therapeutische Nachsorgemöglichkeiten, die ergänzend zum Gruppenalltag genutzt werden können.« (Alternativer Wohlfahrtsverband SOAL e.V., FORUM für Kinder- und Jugendarbeit 3/4 2021, S. 46–48). Bislang haben sich Expert:innen jedoch vergeblich bemüht, fachlich begründete Bedarfe und fachliche Alternativen zur geplanten Sondereinrichtung am Klotzenmoorstieg bei den maßgeblichen Akteur:innen, insbesondere im politischen Raum, zu Gehör zu bringen.

In dem von Rot Grün nun beschlossenen Begleitgremium werden die sogenannten Obleute des Familien-, Kinder- und Jugendausschusses drei- bis viermal jährlich über den Stand des Fachkonzepts der Jugendhilfeeinrichtung am Standort Klotzenmoorstieg eventuell unter Einbezug von Fachexpert:innen informiert werden. Zwar könnten vielleicht an einzelnen Stellen so auch kritische Anmerkungen zur Ausgestaltung platziert werden. Doch de facto wird diesem Gremium nur ein informeller, eben rein begleitender Charakter ohne weitergehende Handhabe zukommen. Ein derartiges Gremium muss die gesetzte Ausgestaltung der Sondereinrichtung letztlich mittragen, dies hieße für uns weiterhin alle fachlichen Alternativen außer Acht zu lassen.

Vielmehr stehen wir jedoch erneut vor der Frage, wie wir mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft, deren psychischer Leidensdruck in der Pandemie noch verstärkt wurde, umgehen. Ebenso geht es um eine bedarfsgerechte Aus- und auch Umgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe. Deshalb erwarten und fordern wir, die Planungen zur Sondereinrichtung am Klotzenmoorstieg als Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Psychiatrie sofort auszusetzen und zeitnah ein neues Planungsgremium mit Expert:innen aus verschiedenen Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe, der Kinder- und Jugendpsychiatrie, aus Schule, Politik und Behörden einzuberufen, um echte Alternativen zu repressiven Konzepten, die die Rechte der jungen Menschen systematisch vernachlässigen, zu implementieren.

Elbtower: Akteneinsicht wegen der Ungereimtheiten

Von Heike Sudmann

Fast so hoch wie der Elbtower sind der Berg an Kritik und die Fragen zum Elbtower. Dieser 245 Meter hohe Turm, der an den Elbbrücken zwischen der Veddel und Rothenburgsort entstehen soll, mag auf Fotos und Entwürfen schön anzusehen sein. Doch in die Stadtsilhouette von Hamburg passt er hinten und vorn nicht herein. Der renommierte Architektur-

kritiker Gert Kähler hat jüngst in einem Gastbeitrag für das »Hamburger Abendblatt« (31.3.2022, S. 8) die städtebauliche Kritik auf den Punkt (bzw. die Punkte) gebracht. Einiges davon greife ich hier auch auf:

■ »Es kommt nicht auf die Größe an, sondern auf die Bedeutung.« Der Elbtower ist überwiegend ein Bürohaus, ergänzt

um Hotel- und Boardinghausflächen. Die besondere Attraktion für eine Publikumsnutzung – also vor allem für Tourist:innen – in den unteren Geschossen ist bis heute nichts als Gerede, konkrete Pläne gibt es nicht. Bei den vielen Einwendungen, die gegen den Bebauungsplan erhoben wurden, fanden sich auch solche: Kein Mensch werde extra nach Hamburg fahren, um sich einen 245 Meter hohen Büroturm anzusehen.

- Der Elbtower dominiert bzw. zerstört die Stadtsilhouette. Die Höhe von Bauten in der City und deren Nähe orientieren sich an den Kirchtürmen und dem Rathausurm. Höhere Bauten, die die mittelalterliche Stadtsilhouette zerstören können, werden in der Regel nicht genehmigt. Die Elphi mit ihrer Höhe von rund 120 Meter hält einen »Anstandsabstand« ein. Wer jetzt glaubt, dass der Elbtower weit genug entfernt von der inneren Stadt sei, um noch Auswirkungen zu haben, möge sich die Darstellungen ansehen, die eine Gruppe von Architekten und Stadtplanern gemacht haben (Siehe weiter unten die »Sieben Thesen zum Elbtower«, www.elbtower-zeitenwende.de. Unter dem Link finden sich auch Unterstützungsmöglichkeiten der Thesen).
- Eine Beteiligung der Bürger:innen hat nicht wirklich stattgefunden. Kähler verweist darauf, dass über die Rathausarchitektur 50 Jahre lang gestritten wurde. Mit dem Bau würde man sich identifizieren.
- »Aber hier entsteht eine Hülle mit der einzigen Botschaft, dass privates Kapital stadtbildprägende Dominanz hat.« Fragen der Stadtentwicklung, des Denkmalschutzes, des Bürger:innenwillens spielen keine Rolle bei diesem Olaf-Scholz-Gedenkturm.

In der Bürgerschaft habe ich zig Anfragen an den Senat gestellt, in Ausschüssen versucht, Antworten zu bekommen. Doch sehr oft gab es entweder keine Antworten oder nur sich widersprechende. Mit der Anfang März überraschend erteilten Baugenehmigung für den Elbtower – bis dahin hieß es immer, die Bearbeitung dauere mindestens bis zum Ende des Sommers – sind auch einige SPDler und die CDU auf die Zinne getrieben worden. Auf Initiative der Linksfraktion hin hat die CDU nun mit uns einen Antrag auf Akteneinsicht zum Elbtower eingebracht. Dieses Minderheitenrecht der Opposition können wir nur gemeinsam wahrnehmen, weil weder die Fraktion DIE LINKE noch die CDU-Fraktion allein das notwendige Fünftel der Bürgerschaftsabgeordneten zusammenbringt. Sämtliche Akten, Vorgänge, Telefonnotizen, E-Mails, Vermerke, Verträge und sonstige Unterlagen sämtlicher Behörden, Dienststellen, der HafenCity GmbH, öffentlicher und privater Unternehmen, die im Zusammenhang stehen mit dem Grundstücksgeschäft, dem Kaufvertrag, dem Bebauungsplan und den Genehmigungen muss der Senat nun der Bürgerschaft vorlegen.

Für mich geht es bei der Akteneinsicht um solche Fragen wie: Wer wollte und will unbedingt den Olaf-Scholz-Gedenkturm haben? Weshalb wurde nicht der Höchstbietende ausgewählt? Weshalb klingeln keine Alarmglocken, wenn es um einen Investor wie René Benko geht, dessen Firmen im Steuerparadies Luxemburg sitzen, der in einem Steuerverfahren verurteilt wurde und gegen den laut »Der Spiegel« aktuell Ermittlungen wegen Bestechung laufen? Was ist mit der großartigen Publikumsnutzung, die immer wieder versprochen wurde? Wieso muss die 30-prozentige Vermietungsquote nicht direkt gegenüber dem Senat nachgewiesen? Wurde das EU-Beihilferecht missachtet?



Kurz vor seinem Abgang nach Berlin kürt Olaf Scholz am 8. Februar 2018 den Wettbewerbssieger SIGNA mit seinem Elbtower (Foto: H. Sudmann)

In Sorge um Hamburgs Stadtentwicklung, Vorbildfunktion und Gesellschaft

SIEBEN THESEN ZUM ELBTOWER

www.elbtower-zeitenwende.de/assets/pdf/Elbtower-7Thesen_2112.pdf

Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, machen uns Sorgen um unser hanseatisches Hamburg, dessen Stadtbild mit einer symbolischen Stadtkrone und dem Charakter einer amphibischen Stadt noch sichtbar ist. Deswegen verlangen wir, dass alle Baumaßnahmen den Geist der Europäischen Stadt in der Freien und Hansestadt Hamburg mitsamt dem darin enthaltenen ausgeprägten Bürgersinn und einer erkennbaren lokal-regionalen Verortung würdigen und weiterentwickeln. Es gibt dazu einen geschichtlich gewachsenen Referenzrahmen, den wir in sieben Thesen zusammenfassen wollen:

I. STADTGESTALT UND STADTKRONE

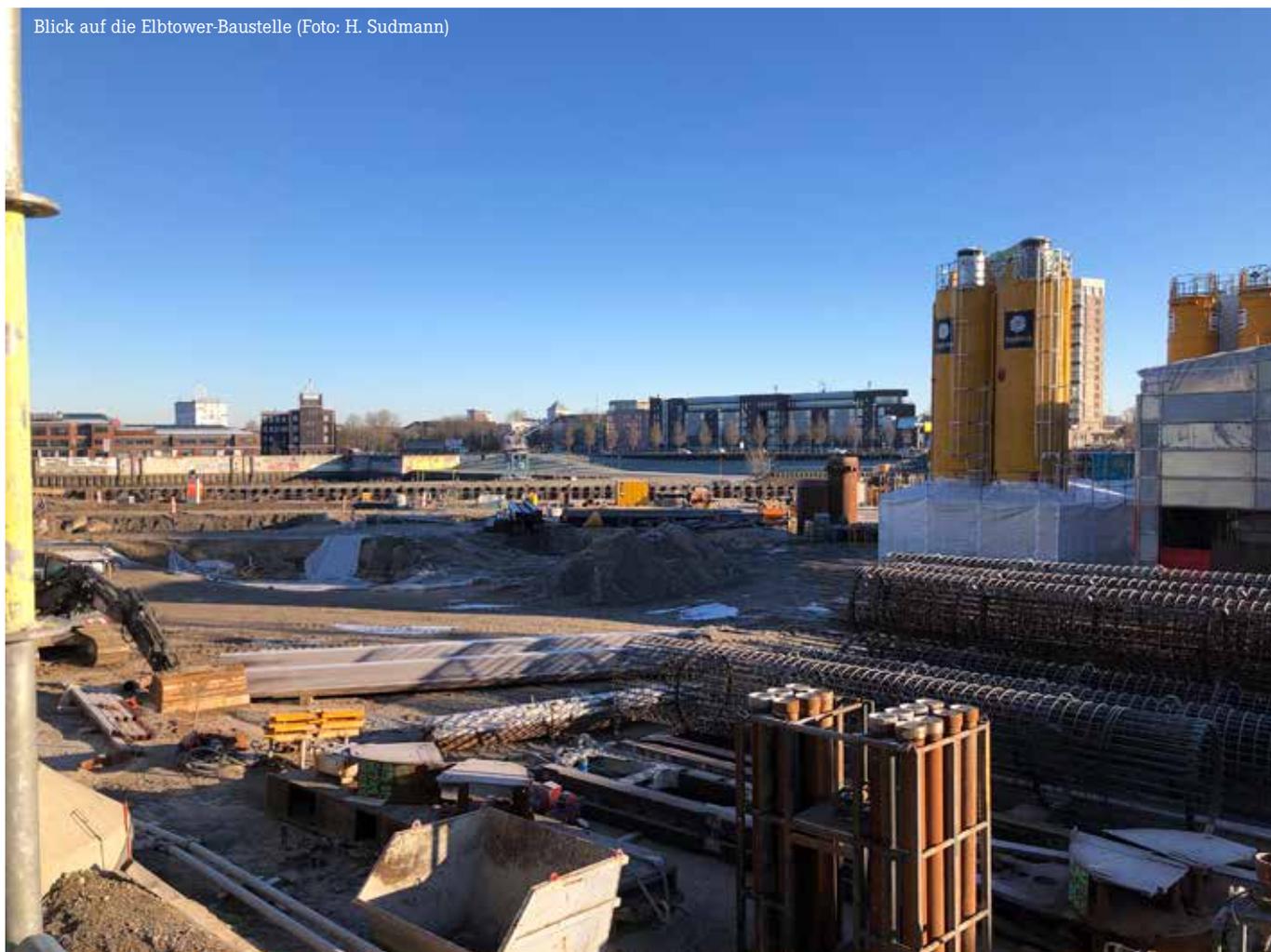
Hamburgs kennen bisher keine Gebäude über 150 Meter Höhe. Der Entwurf des Elbtowers ist eine radikale Abkehr von jahrhundertlang ausgeübtem hanseatischen Lebensgefühl und Baukultur der europäischen Stadt. Hamburg ist topografisch und historisch in die Familie der nordeuropäischen Metropolen einzuordnen, wie sie aus den historischen Hansestädten hervorgegangen sind. Anders als angloamerikanische oder asiatische Mega-Städte, deren Baukultur in globalen Maßstäben denkt, lebt die Baukultur Hamburgs in europäischer Tradition von dem engen Bezug

zum lokal-regionalen Kontext und dem lebendigen Zusammenspiel von bürgerschaftlicher und sozialer Struktur. Unser gewachsenes Stadtbild ist ein Alleinstellungsmerkmal: eine Marke, die niemals aufgegeben werden darf.

II. STÄDTEBAU UND PANDEMIE

War der Turm 2018 (vielleicht) noch der folgerichtige städtebauliche Abschluss der Hafencity nach Osten, gibt es nach der Pandemie keine Argumentationskette mehr für ein Schneller, Höher, Weiter: Die Notwendigkeit einer bescheidenen und wirtschaftlichen Lebensweise ist über-

Blick auf die Elbtower-Baustelle (Foto: H. Sudmann)



deutlich geworden. Wirtschaftlich bedeutet in diesem Zusammenhang eine standhafte, auf Jahrhunderte ausgelegte nachhaltige Bauweise, die sozialen Zusammenhalt und ökologische Nachhaltigkeit aktiv berücksichtigt und befördert.

III. DER KLIMAWANDEL

fordert Konsequenzen im Hinblick auf Bauweisen, Baumaterial und Bautechnik ein: lowtech statt hightech. Damit müssen wir jetzt sofort beginnen und nicht in irgendeiner fernen Zukunft. Im Klartext: Wir befinden uns in einem dieser berühmten »Zeitfenster«, das Handeln ermöglicht, ja erzwingt. Die Pandemie hat unseren Geist und unsere Kreativität geschärft. In Bezug auf den Klimawandel befinden wir uns in der Situation eines Lastcalls: jede Minute, jeder Tag zählt. Wir dürfen uns keine Fehler mehr leisten.

IV. ÖFFENTLICH UND PRIVAT

Alle Gebäude mit stadtprägender ikonografischer Bedeutung sind in der langen Bautradition Hamburgs bisher als öffentliche Gebäude in Erscheinung getreten. Dass diese »Commons« - also Ikonen des Gemeinwesens in Politik, Kultur und Glauben - das Stadtbild der Kaufmannsstadt prägen, ist ein Schatz, den wir für die Versinnbildlichung der Demokratie unserer Stadt gar nicht hoch genug schätzen können. Das muss so bleiben! Wir, die Bürgerinnen und Bürger Hamburgs, haben ein verfasstes Recht darauf und zusammen mit Politik und Verwaltung eine bürgergesellschaftliche Verantwortung, das zu erhalten und - wie beispielsweise mit der »Kultur-Ikone« Elbphilharmonie - weiter zu entwickeln. Den öffentlichen Charakter eines Gebäudes bestimmt

dabei sein wesentlicher inhaltlicher Nutzungskern. Öffentliche Erdgeschossflächen oder Aussichtsplattformen reichen dazu nicht aus.

V. VERFAHREN

Hamburg hat einen Anspruch auf Mitbestimmung von Projekten dieser Größenordnung und baulich energetischen und klimatischen Dimension. Die Minimalforderung ist Transparenz der Planungs- und Bauprozesse. Die sehen wir hier im fassbaren Maßstab nicht gewährleistet. Verkauf und Baugenehmigung sind nicht abgeschlossen. Nach dem vorliegenden Vertrag zur Anhandgabe sind gegenwärtig Schadensersatzansprüche ausgeschlossen.

VI. FINANZIERUNG

und die betroffenen öffentlichen Budgets müssen überprüfbar sein. Bis heute ist es nicht gelungen, für Bauwerke über 80 Meter Höhe eine nachhaltige Wirtschaftlichkeit nachzuweisen.

VII. LEGITIMATION

Ein Bauwerk von dieser Dimension darf nicht von auf Zeit gewählten Amtsträgern allein, sondern muss von der Stadtbevölkerung insgesamt legitimiert werden. Daher fordern wir, dass die Hamburgische Bürgerschaft ein Bürgerschaftsreferendum nach Art. 50 Abs. 4 b zum Elbtower durchführt. Mehr Demokratie wagen! Lokale Kompetenzen ausschöpfen und mehren!

Erstunterzeichner: Gerhard Bolten, Frank Engelbrecht, Christian Kottmeier, Dirk Meyhöfer, Volker Roscher

Tipps und Termine

Während sich der öffentliche Diskurs in Deutschland noch immer um die Corona-Pandemie und jüngst vor allem den Ukraine-Krieg - um 100 zusätzliche Rüstungsmilliarden und Waffenlieferungen in das angegriffene Land - dreht, scheint die Klimakatastrophe ein wenig aus dem Blick geraten. Am 4. April hat der **Weltklimarat (IPCC)** seinen neuen, mehr als nur bedrohlichen Bericht vorgestellt. Im »Tagespiegel« online vom 4. April liest sich das so: »Wenn die Menschheit nicht weiter gegensteuert, **droht mit dem jetzigen Kurs eine globale Erwärmung um mehr als 3 Grad.** Das würde die Folgen der Klimakrise verstärken - zum Beispiel, was Dürren, Überschwemmungen und Hitzewellen angeht. Die globalen Emissionen müssen spätestens ab 2025 sinken, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad oder 2 Grad zu be-

grenzen. Das sind die Zielmarken des Pariser Klimaabkommens von 2015, auf die sich die Weltgemeinschaft geeinigt hat.

Kohle hat keine Zukunft in den 1,5-Grad-Szenarien. Demnach müsste die globale Nutzung von Kohleenergie um 95 Prozent gegenüber dem Niveau von 2019 sinken. Aber auch in den 2-Grad-Szenarien würde der Anteil um durchschnittlich 85 Prozent sinken. Der IPCC-Bericht fordert auch große Änderungen des individuellen Lebensstils, etwa bei Wohnen, Mobilität oder Energieverbrauch. Die Welt müsse die Nutzung von Öl und anderen fossilen Brennstoffen stark drosseln, die Elektrifizierung von Fahrzeugen vorantreiben, Wasserkraft und andere alternative Möglichkeiten der Stromgewinnung ausbauen und wesentlich energieeffizienter wirtschaften« (www.tagesspiegel.de/wissen/neuer-weltklimarat-bericht-auf-direktem-weg-zu-einer-3-grad-waermeren-welt/28226662.html). Soll niemand später sagen, er oder sie habe es nicht gewusst!

Zu diesem IPCC-Bericht passt die ebenso ernüchternde Pressemeldung des **BUND** vom 14. März. Vor dem Hintergrund der neuesten Energie- und CO-Bilanz des Statistikamtes Hamburg stellt der Umweltverband kurz und knapp mit, »**dass die Klimapolitik des Senates keine Wirkung zeige**. Der viel zu geringe Rückgang des CO-Ausstoßes von 2018 auf 2020 sei zur Hälfte auf den höheren Anteil erneuerbarer Energie im Stromnetz zurückzuführen, zu dem Hamburg nichts beigetragen habe. Der Rest ginge auf die Coronaepidemie zurück, die sich insbesondere auf den Verkehrssektor ausgewirkt habe« (www.bund-hamburg.de/service/presse/detail/news/hamburger-klimapolitik-bisland-gescheitert/#:~:text=Bilanz%20f%C3%BCr%202020%20zeigt%20nur,des%20Senates%20keine%20Wirkung%20zeige). Soll niemand sagen ...

Wir können immerhin feststellen, dass wir u. a. im Verkehrsbereich einige klimaschützende Vorschläge gemacht haben, beispielsweise das dreimonatige Neun-Euro-Ticket als ersten Schritt anzugehen, die **HVV-Tarife dauerhaft auf null Euro** abzusenken (www.linksfraktion-hamburg.de/null-euro-tarif-im-nahverkehr-die-fahrpreise-muessen-dauerhaft-runter/).

Auch die Idee, **zwei autofreie Sonntage im Monat** einzulegen würde den CO-Ausstoß verringern helfen – und gleichzeitig Putins Kriegskasse schmälern (www.linksfraktion-hamburg.de/hamburg-oelverbrauch-runter-und-zugleich-putins-kriegskasse-schmaelern-mit-zwei-autofreien-sonntagen-im-monat/).



Zukunftsvision: Nahverkehr ohne Ticketschalter (Foto: H. Sudmann)

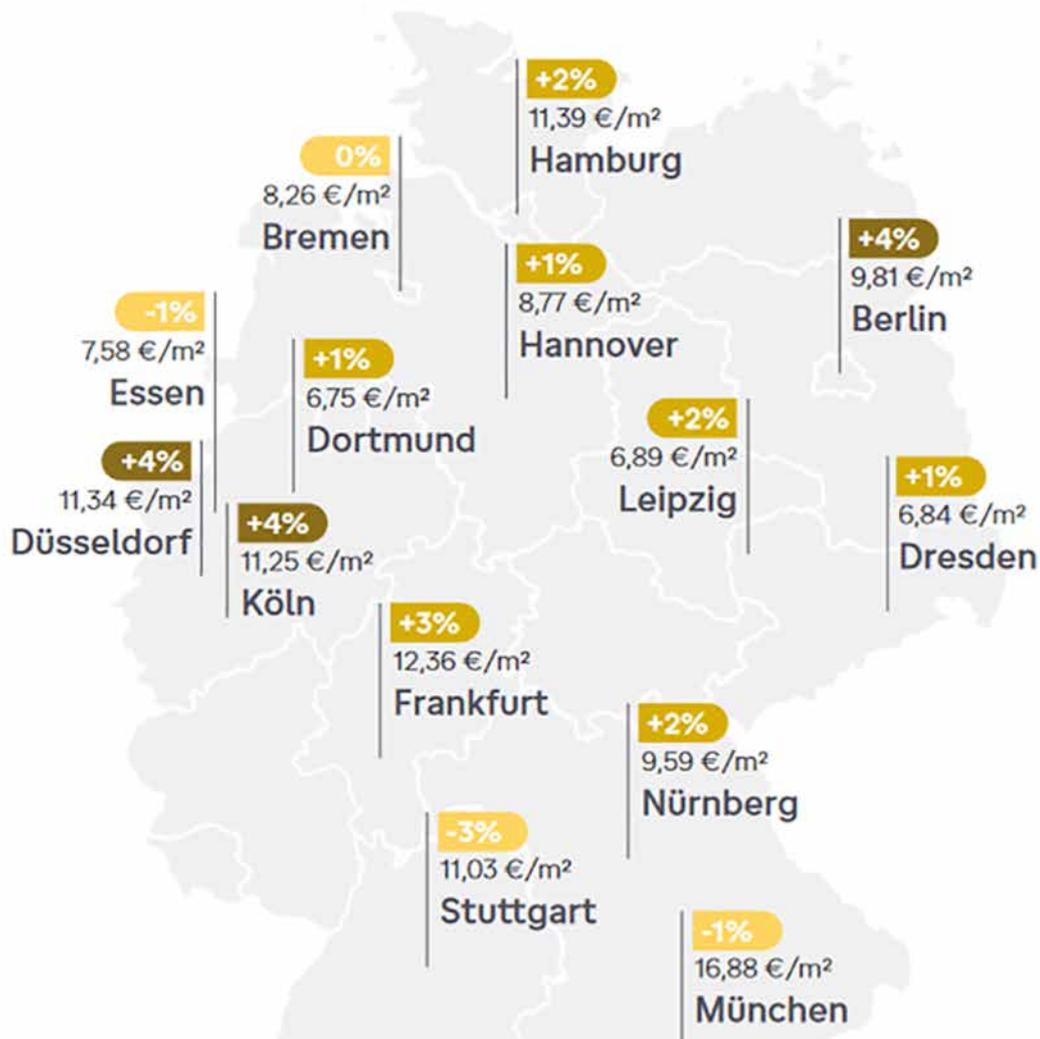
Eine Fundgrube für alle Menschen, Initiativen und Einrichtungen, die sich mit der Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik beschäftigen, ist das thematische Angebot der **Rosa-Luxemburg-Stiftung** im Arbeitsfeld **Wohnen. Stadt. Gesellschaft**. Hier finden sich viele Links zu Podcasts, Materialien und aktuellen Einschätzungen, nicht zuletzt die Hinweise zu den betreffenden Eigenpublikationen der RLS. Guckst du hier: https://www.rosalux.de/dossiers/wohnen-ist-ein-menschenrecht?pk_campaign=Newsletter&pk_medium=04%2f2022. Hervorgehoben sei hier die Angabe, **wie ein Mietendeckel in Hamburg wirken würde**, vorausgesetzt, die vom Bundesverfassungsgericht für Berlin außer Kraft gesetzte Regelung würde auf Bundesebene Anwendung finden. www.rosalux.de/mietendeckel. Beeindruckend! Auch wenn die für die Berechnung zugrunde gelegte, aktuelle Durchschnittsmiete inzwischen um 7,3 % teurer ausfällt ...



Wie nötig so ein Mietendeckel wäre, zeigt sich an immer neuen Zahlen aus der knallharten Welt der Mietpreise. Laut **Mietenkompass** des Internetportals **immowelt** [siehe Grafik auf der nächsten Seite] betragen die durchschnittlichen Mietpreise im vierten Quartal 2021 genau **11,39 Euro pro Quadratmeter netto-kalt**. Wenig tröstlich, nur in München (16,88 Euro) und Frankfurt (12,36 Euro) würden noch höhere Mieten verlangt. Im ersten Quartal 2022 gegenüber dem vierten Quartal des Vorjahres sind die Mieten erneut um 2 Prozent gestiegen (www.immowelt-group.com/presse/pressemitteilungenkontakt/immowelt-de/2022/immowelt-preiskompass-wohnungen-verteuern-sich-trotz-steigender-zinsen-weiter-anstiege-von-bis-zu-5-prozent-im-1-quartal-2022/).

Einen schönen Überblick über die Mietenentwicklung in Hamburg und speziell die Ursachen für den dramatischen Mietenanstieg im aktuellen Mietenspiegel von Ende 2021 bietet die neueste Ausgabe des **Mieter-Journal**, der Quartalszeitschrift des Hamburger Mietervereins. Insbesondere Volker Stahl hat mit seiner Analyse der **Explosion der Wohnkosten** (S. 8 f.) mal

Mietpreisentwicklung Bestandswohnungen Q4/2021 zu Q1/2022



Aus dem immowelt-Mietkompass (https://content.cdn.immowelt.com/iw_group/Redaktion/Pressemitteilungen/2022/2022_04_05_immowelt_Mietkompass_Q1_2022.pdf?v=1649080564)

wieder ins Schwarze getroffen: <https://www.mieterverein-hamburg.de/export/sites/default/.content/dokumente/mieterjournal/mieterjournal-2022-1.pdf>.

Nicht, dass Eigentumswohnungen oder Einfamilienhäuser eine von uns propagierte Alternative wären, aber es sei doch der Hinweis erlaubt, dass so etwas auch seeeehr teuer kommt: Laut **LBS-Immobilienmarktatlas – Hamburg und Umland 2022** vom März 2022 sind die Quadratmeter-Preise bei Ein- und Zweifamilienhäusern von 4.859 Euro (Januar 2021) innerhalb eines Jahres auf 5.760 Euro je Quadratmeter (Januar 2022) angestiegen, ein Plus von sagenhaften

18,5 Prozent. Eigentumswohnungen haben in diesem Zeitraum »nur« um 11,9 Prozent zugelegt, allerdings lag schon der Ausgangswert bei 5.723 Euro, Anfang 2021 waren es dann 6.402 Euro je Quadratmeter.

Umbauen statt Neubauen, so ist ein Artikel von Christoph Twickel in der April-Ausgabe des Straßemagazins »Hinz & Kunzt« (H&K) überschrieben. Der Beitrag eröffnet zwar nicht unbedingt neue, aber doch noch besser begründete Perspektiven, wie einem Appetizer im H&K-Newsletter zu entnehmen ist: **»Büros zu Wohnungen** – geht das? Tatsächlich ist die Umwandlung anderswo bereits im Gange. Frankfurt

hat 2005 als erste deutsche Stadt eine Fachabteilung dafür gegründet. Jede dritte Wohnung in der Main-Metropole entsteht mittlerweile auf ehemaligen Büroflächen. Spitzenreiter des vergangenen Jahrzehnts war Berlin, auf das ein Drittel aller bundesweiten Umwandlungen entfiel. Wie ein Kurzgutachten der Arbeitsgemeinschaft für zeitgemäßes Bauen (ARGE) in Kiel gezeigt hat, rechnet sich das Umdenken: Die reinen Umbaukosten pro 3/4 Quadratmeter – abzüglich des Grundstücks- oder Rohbaupreises – liegen im Vergleich zum Neubau bei knapp 40 Prozent« (<https://email.t-online.de/em?wdycf=www.t-online.de#f=IN-BOX&m=11839851538777010&method=showReadmail>). Die H&K-Ausgaben werden zum Preis von 2,20 Euro von 530 Verkäufer:innen in ganz Hamburg angeboten.



Überall neue Eigentumswohnungen, hier Werbung für ein Großprojekt an der Hamburger Straße (Foto: M. Joho)

»Immer mehr wohnungslose Menschen in schlechter Lebenslage«, dieses Fazit wird in einer neuen, vom Evangelischen Bundesfachverbandes Existenzsicherung und Teilhabe e. V. (EBET) gemeinsam mit der Diakonie Deutschland Ende März veröffentlichten Studie gezogen. Im Vergleich zu 2018 befanden sich 2,6 Prozent mehr **wohnungslose Menschen in einer schlechten oder sehr schlechten Lebenslage**. Die Ergebnisse der repräsentativen Untersuchung gibt es hier: www.diakonie.de/pressemeldungen/neue-studie-immer-mehr-wohnungslose-menschen-in-schlechter-lebenslage.

Überraschende Neuigkeit: Am 12. April teilte die **Hamburg Kreativ Gesellschaft mbH** mit, dass das seit etlichen Monaten **leerstehende Kaufhaus »Kar-**



stadt Sport« am Eingang der Mönckebergstraße ab demnächst für **kreative Zwischennutzung** zur Verfügung steht. Ganze, halbe oder viertel Geschosse von ca. 250 bis 1.200 Quadratmeter können von Juni/Juli bis Dezember 2022 angemietet werden. Der Eigenanteil der Raumkosten liegt monatlich bei 1,50 Euro je Quadratmeter, weiteres Geld kommt aus dem zurzeit noch bis Ende 2022 befristeten Förderprogramm »Frei Fläche: Raum für kreative Zwischennutzung«. Mehr Infos unter https://kreativgesellschaft.org/raum/frei_flaeche-raum-fur-kreative-zwischennutzung/. Weitere Flächen, die unter diesem Förderprogramm rangieren, gibt es hier einzusehen: https://kreativgesellschaft.org/raum/frei_flaeche-die-plattform/. Es lässt sich darüber spekulieren, was Stadt und Eigentümer:in mit diesem Schritt beabsichtigen, auf jeden Fall bietet die Zwischennutzung eine Chance, zu zeigen, was die Menschen in diesem Gebäude zukünftig gerne hätten.



Leerstand seit mehr als anderthalb Jahren (Foto: M. Joho)



Bezahlbares Wohnen in Genossenschaften? Jawohl, das geht, und gut. So jedenfalls lautet die Quintessenz des **Alternativen Genossenschaftskongresses der Initiative »Genossenschaft von unten«**, der am **26. März** in Berlin stattgefunden hat. Nun hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung die Materialien und alle interessanten Informationen der Tagung ins Netz gestellt: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/B2WG6/bezahlbares-wohnen-in-genossenschaften?cHash=e59b444d189a36ef696062fda1f21d0f.

Vom **22. bis 24. April** tagt in **Bochum** der **2. Mietenstopp-Gipfel** der ursprünglich von Bayern ausgehenden Mietenstopp-Kampagne. In hochkarätig besetzten Diskussionsforen und Werkstattgesprächen wird die Mietenthematik im Allgemeinen, aber insbesondere auch Alternativen und Aktionen dazu behandelt. Zeitgleich finden in dieser Stadt im Ruhrgebiet größere Proteste gegen den Wohnungskonzern Vonovia statt. Mehr Infos unter <https://mietenstopp.de/>.

By the way, im verflossenen Jahr 2021 erzielte Europas größter Wohnungskonzern – die **Vonovia** mit ihren gut **568.000 Objekten** – einen Rekordumsatz von 5,2 Milliarden Euro, ein sattes Plus von 19 Prozent gegen-

über 2020. Der Gewinn hat die doch recht beachtliche Summe von 1,67 Milliarden Euro erreicht, 2020 waren es »nur« 1,3 Milliarden. Schade, dass es mit der (Berliner) Vergesellschaftungs-Volksinitiative noch auf sich warten lässt (www.jungewelt.de/artikel/422886.immobiliemarkt-vonovia-bricht-rekorde.html).

Wer sich mit Stadtgeschichte und Stadtentwicklung beschäftigt kommt um die hamburgischen **Stadtteilarchive und Geschichtswerkstätten** nicht herum. Nach coronabedingter Flaute hat ihr gemeinsamer Verband vor Kurzem das Programm der diesjährigen **Rundgänge** herausgegeben. Auf 48 Seiten haben die 20 Vereine sämtliche Erkundungstermine zusammengetragen, sei es beispielsweise am 29. Mai »Von der Hamburger Straße zum Osterbekkanal« oder am 19. Juni »Eine Spurensuche zum kolonialen Hamburg zwischen St. Pauli und der Altstadt«. Sämtliche Rundgangstermine finden sich auch auf der zentralen Website <https://geschichtswerkstaetten-hamburg.de/>. Hier gibt es auch die nötigen Hinweise zum diesjährigen **Tag der Hamburger Geschichtswerkstätten**, an dem sich am **Sonntag, den 24. April**, immerhin 13 der Stadtteilvereine mit allerlei Veranstaltungen beteiligen.



Russische Truppen raus aus der Ukraine!

Gegen Waffenlieferungen und das zusätzliche 100-Milliarden-Rüstungsprogramm!

Unsere scharfe Kritik an der russischen Invasion in die Ukraine haben wir bereits im letzten »Bürger:innenbrief« klar gemacht. Daran gibt es nichts zu deuteln. Es handelt sich um einen verdammenswerten, völkerrechtswidrigen Akt, der Tausenden Menschen das Leben kostet, für allergrößte Zerstörungen und Elend sorgt und das Nachbarschaftsklima vor allem in Osteuropa auf viele Jahre vergiften wird.

Wir wollen uns hier nicht über die lange Vorgeschichte dieses Krieges auslassen, auch wenn sie von erheblicher Bedeutung sein dürfte, einen Ausweg aus der schrecklichen Lage zu finden. Wir erheben aber laut unsere Stimme gegen das quasi über Nacht beschlossene zusätzliche Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Rüstung und dessen schier unglaubliches Fixieren ausgerechnet im Grundgesetz. Auch protestieren wir unvermindert gegen die geplanten oder auch schon realisierten Waffenlieferungen ins ukrainische Kriegsgebiet. Wir bleiben damit unseren friedenspolitischen Grundsätzen treu und warnen eindringlich vor einer Ausweitung des Krieges und der Militarisierung unserer Gesellschaft.

Wir nehmen nachfolgend zwei Texte auf, die auf unsere Zustimmung treffen:

- den Aufsatz »Frieden schaffen ohne Waffen – Militarisierung ist keine Solidarität!«, den der ehemalige UN-Bio-waffeninspekteur und Bundestagsabgeordnete Jan van Aken verfasst im Rahmen seiner Tätigkeit für die Rosa-Luxemburg-Stiftung verfasst hat (<https://www.rosalux.de/news/id/46102/frieden-schaffen-ohne-waffen-1>) – im »nd« online vom 15. April hat er unter der Überschrift »Waffenlieferungen sind Politikersatz« seine Position jüngst noch einmal erläutert (www.nd-aktuell.de/artikel/1163043.ukraine-krieg-jan-van-aken-waffenlieferungen-sind-politikersatz.html). Wir danken unserem Hamburger Mitstreiter für die »Abdruckgenehmigung« dieses Beitrages, den wir aus aktuellem Anlass in Gänze wiedergeben.
- den »Appell« gegen die massive Aufrüstung und »die Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad« – dieser von Julia Schramm (DIE LINKE), Andrea Ypsilanti (SPD) und anderen Prominenten initiierte Aufruf wurde in den vergangenen vier Wochen von fast nahezu 50.000 Menschen unterzeichnet (<https://derappell.de/der-appell.pdf>).

Frieden schaffen ohne Waffen – Militarisierung ist keine Solidarität!

Von Jan van Aken, 9. März 2022

Ja, das gilt immer noch: Frieden schaffen ohne Waffen. Auch wenn es aktuell schwerfällt, an diesem Grundsatz festzuhalten, vielleicht schwerer denn je.

Die Bilder von erbarmungslosen Bombardements ukrainischer Städte, vorrückenden Panzerverbänden und vertriebenen Zivilist*innen sind schockierend. Es wärmt daher das Herz, dass jetzt Hunderttausende in Deutschland auf die Straße gehen, um gegen den russischen Angriffskrieg in der Ukraine zu demonstrieren. Von Gewerkschaften über Fridays for Future bis zur Bundesliga wird das Peace-Zeichen hochgehalten, blau-gelbe Solidarität überall, das ganze Land hilft bei der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge. Und das ist gut so.

Wie gern würde ich jetzt darüber schreiben, wie die westeuropäische Friedensbewegung sich dem geopolitischen Schachspiel der Regierungen entgegenstellt und die Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt. Wie sie die wahnsinnig mutige russische Friedensbewegung aktiv und vor Ort unterstützt. Wie sie jetzt in Deutschland über zivilen Widerstand gegen russische Oligarchen und deutsche Aufrüstung diskutiert statt über Waffenlieferungen. Aber leider sind wir nicht da – außer den richtigen und wichtigen verbalen Bekenntnissen der Solidarität mit dem gewaltfreien Widerstand in der

Ukraine und in Russland scheint die Friedensbewegung hierzulande momentan merkwürdig gelähmt.

Deshalb konzentriert sich dieser Text auf Optionen staatlichen Handelns und auf mögliche Forderungen der Friedensbewegung an die Bundesregierung. Aus meiner Sicht stellen sich dabei momentan zwei essenzielle Fragen: Wie können wir – kurzfristig – der ukrainischen Bevölkerung beistehen und helfen, den Krieg zu beenden, und wie – langfristig – eine Friedensordnung in Europa sichern. Wobei das eine das andere nicht torpedieren darf, im wortwörtlichen Sinne, und genau hier scheiden sich die Geister.

Die akute Frage: Wie kann dieser Krieg enden?

Auf diese Frage gibt es eine sehr einfache Antwort: nur durch Verhandlungen. Das ist eine Binsenweisheit und sie gilt für fast jeden Krieg. Auf einen Waffenstillstand folgen mehr oder weniger langwierige Friedensverhandlungen.

Ernsthafte Verhandlungen gibt es allerdings erst dann, wenn beide Seiten gleichzeitig dazu bereit sind. Deshalb ist die Frage nach dem Ende des Ukrainekriegs vor allem eine Frage danach, was die russische Regierung um Wladimir



Friedensbekenntnisse wider die russische Intervention in der Ukraine (alle Fotos: M. Joho)

Putin dazu bewegen könnte, möglichst schnell in Friedensverhandlungen einzusteigen, die *nicht* die totale Zerstörung und/oder Übernahme der Ukraine zur Voraussetzung haben? Aus meiner Sicht lassen sich die Sinnhaftigkeit und der Wert von Solidaritätsaktionen, Sanktionen, Waffenlieferungen und NATO-Aufrüstung nur vor genau diesem Hintergrund beurteilen. Ein Versuch in zehn Thesen und einer Aufforderung:

Die russische Friedensbewegung stärken!

Keine Regierung hält einen Krieg lange ohne Unterstützung im eigenen Land durch. Im Moment ist der Widerstand gegen den Krieg in Russland minimal, was angesichts der ungeheuren Repression und der heftigen Mediengesetze und -hetze nicht verwunderlich ist. Trotzdem ist eine zentrale Frage für eine linke Friedensbewegung hier in Deutschland, wie wir auch die russische Bevölkerung erreichen und in ihrer Kritik am russischen Staat unterstützen können. Wie wir dazu beitragen können, das Putin-Regime und den Krieg innerhalb Russlands zu delegitimieren. Wie können wir Kontakt zu Friedensgruppen in Russland aufbauen? Ich habe auch keine Antworten auf diese Fragen, beobachte aber mit zunehmendem Erstaunen, dass sie bislang kaum in der deutschen Frie-

densbewegung diskutiert werden. Diese Leerstelle – und das ist auch eine Aufforderung an mich selbst – sollten wir so schnell wie möglich schließen.

1. These: Das 100-Milliarden-Aufrüstungsprogramm hat nichts mit der Ukraine zu tun

Es war ein schlauer Schachzug der Bundesregierung, das erste Entsetzen über die russische Aggression zu nutzen, um schnell ein 100 Milliarden Euro schweres Aufrüstungspaket für die Bundeswehr durchzuwinken. Dabei ging es allerdings nicht um die Ukraine, sondern schlicht und ergreifend um das seit vielen Jahren diskutierte Zwei-Prozent-Ziel der NATO – das bislang auf großen Widerstand in der deutschen Öffentlichkeit gestoßen ist. Nun konnte es im Windschatten des Ukrainekriegs problemlos beschlossen werden, fünf Jahre lang je 20 Milliarden Euro für die Bundeswehr, damit werden die zwei Prozent des BIP ziemlich genau erreicht. Bevor allerdings dieses viele Geld ausgegeben ist und die Waffen angeschafft sind, ist der Krieg in der Ukraine längst vorbei, mit ihm haben die 100 Milliarden also wirklich nichts zu tun. Es geht hier um eine langfristige Positionierung (in) der NATO und in Europa – dazu unten mehr.

2. These: Waffenlieferungen werden den Ausgang des Krieges nicht beeinflussen

Dafür reicht ein schneller Blick in die globale SIPRI-Datenbank zu den nationalen Militärausgaben. Demnach hat Russland im vorletzten Jahr zehnmal mehr Geld für das Militär ausgegeben als die Ukraine. In den letzten zehn Jahren zusammengerechnet sogar 17-mal mehr. Das ist ein militärisches Ungleichgewicht, das sich auch durch die Lieferung einiger Tausend Panzer- oder Flugabwehrraketen nicht einmal im Ansatz verschieben lässt. Auch die geplante Lieferung einiger osteuropäischer Kampfflugzeuge aus Sowjetzeiten wird den Kriegsverlauf nicht nachhaltig beeinflussen. Das zeigt sich auch daran, dass die Ukraine nicht nur um Waffenlieferungen bittet, sondern ganz zentral auch um die Einrichtung und Durchsetzung einer Flugverbotszone im eigenen Land. Auch Kiew weiß um die massive militärische Überlegenheit des Gegners und dass sich dieses Ungleichgewicht niemals allein mit zusätzlichen Waffen beseitigen lassen würde.

Solange die NATO nicht selbst in den Krieg eintritt – und genau dies wird sie hoffentlich nie tun –, so lange ist der militärische Ausgang dieses Krieges klar vorgezeichnet: Russland wird die Ukraine überrollen und einnehmen, wenn das denn das russische Kriegsziel ist.

Für unsere Ausgangsfrage heißt das: Nein, Waffenlieferungen an die Ukraine werden Russland *nicht* dazu bringen, schneller bzw. mit heruntergeschraubten Forderungen zu Friedensverhandlungen bereit zu sein. Deshalb ist aus meiner Sicht jede Waffenlieferung an die Ukraine im Moment falsch, denn sie ändert prinzipiell nichts am Kriegsausgang. Sie wird im besten Fall gar nichts bewirken und im schlechtesten Fall nur das Leiden verlängern.

Um eines klarzustellen: Ich bin kein Radikalpazifist. Im Gegenteil, ich finde es vollkommen richtig, dass Menschen sich auch mit der Waffe in der Hand gegen eine Aggression verteidigen. Meine Ablehnung der Waffenexporte beruht einfach nur auf einer nüchternen Betrachtung der aktuellen Lage und dem enorm hochgerüsteten russischen Militär.

Die Behauptung, mit der Verweigerung von Waffenlieferungen würde das in der UN-Charta verbrieft Selbstverteidigungsrecht unterlaufen, ist schlicht falsch. Mit dem gleichen Argument müssten wir heute Waffen an den Jemen liefern, wir hätten sie auch an Saddam Hussein liefern müssen, als der Irak 2003 von den USA überfallen wurde, und auf diese Idee kommt ja nun wirklich kein Mensch. Es gibt ein Selbstverteidigungsrecht in der UN-Charta, aber keine Verpflichtung für andere Staaten, dies militärisch zu unterstützen.



3. These: Wer für Waffenlieferungen ist, ist noch lange kein*e Kriegstreiber*in

Das bisher Gesagte basiert auf einer sehr nüchternen Betrachtung der Situation, die angesichts der Bilder aus der Ukraine oft schwerfällt. Natürlich verstehe ich den Impuls, der sehr viele Menschen gerade umtreibt: Wir können die Menschen in der Ukraine doch nicht alleinlassen, die gerade mit selbst gebauten Molotowcocktails ihr Leben verteidigen – natürlich macht da eine richtige Waffe einen Unterschied. Wer gerade sein Haus in Kiew verteidigt, für die oder den ist natürlich eine Panzerfaust besser als keine Panzerfaust. Das ist auch eine emotionale Frage, die aus meiner Sicht – bei aller Nüchternheit – natürlich ihre Berechtigung hat. Mich erinnert das sehr an die Situation 2014, als es in der gesellschaftlichen Linken eine breite Debatte darüber gab, ob Waffenlieferungen an die Kurd*innen im Nordirak im Kampf gegen den sogenannten Islamischen Staat (IS) nun richtig sind oder nicht. Ich kann sehr gut verstehen, wenn jemand sich in dieser Situation *für* Waffenlieferungen entscheidet, auch wenn ich es selbst in diesen beiden Extremsituationen unter rationalen Gesichtspunkten für falsch hielt und halte.

Allerdings müssen wir uns bewusst machen, dass die Militarist*innen dieser Welt in solchen Situationen immer versuchen, eine gezielte Zuspitzung herbeizuführen, in der jede Verweigerung eines militärischen Eingreifens herzlos und

unmenschlich erscheint. Erinnern wir uns an Bengasi in Libyen im Jahre 2011. Damals hieß es plötzlich, wenn heute Nacht nicht eingegriffen wird, dann wird Gaddafi in Bengasi Zehntausende Menschen umbringen. An dem Abend gab der US-Präsident Obama sein Okay, gemeinsam mit England und Frankreich bombardierten die USA noch in derselben Nacht Libyen. Die Menschen in Bengasi wurden gerettet – um den Preis eines langjährigen Bürgerkriegs mit vielen, sehr vielen Toten.

Auch um den Preis, dass es hartherzig und empathielos wirkt: Ich plädiere dafür, sich auch in extrem zugespitzten Situationen auf einen nüchternen Blick zu besinnen. Die Lieferung auch modernster Waffen an die ukrainische Armee wird am Ausgang der russischen Invasion ebenso wenig etwas ändern, wie die Interventionen des Westens zum Sturz Gaddafis das Leid und Elend in Libyen verhindert haben. Und ja, das tut auch mir weh. Aber auch die eigene Ohnmacht sollte nicht dazu führen, sich für einen falschen Weg zu entscheiden.

4. These: Gerade Kleinwaffen fallen am Ende oft in die falschen Hände

Neben allen akuten Überlegungen gibt es auch noch einen anderen, sehr guten Grund, der generell gegen Waffenexporte spricht: Sobald Waffen einmal die Landesgrenzen pas-





siert haben, gibt es keine Kontrolle mehr darüber, wo sie am Ende landen. Gerade von den Kleinen und Leichten Waffen (und Panzerabwehrraketen oder Stinger gehören dazu) wissen wir, dass sie teilweise über Jahrzehnte von Krieg zu Krieg weitergereicht werden. Der IS hat in Nordsyrien mit einer deutschen Panzerabwehrrakete gegen die demokratische kurdische Föderation gekämpft – eine Waffe, die mehr als 30 Jahre zuvor an die syrische Regierung geliefert worden war. Es ist aller Erfahrung nach nicht nur möglich, sondern sehr wahrscheinlich, dass ein Teil der von Deutschland jetzt gelieferten Waffen von der russischen Armee erobert wird – und dann möglicherweise beim Angriff auf das nächste Land zum Einsatz kommt. Wer Waffen in einen Krieg liefert, rüstet nicht automatisch nur eine Seite auf, dafür sind die Kampfhandlungen oftmals viel zu fluide.

5. These: Waffenlieferungen zu Ende gedacht bedeuten ein neues Wettrüsten

Wir sollten beim Blick auf die aktuelle Situation eines nicht vergessen: Es geht sehr wahrscheinlich nicht nur um die Ukraine. Wenn das Ziel der russischen Regierung tatsächlich die (Wieder-)Herstellung eines großrussischen Reichs ist – quasi die Sowjetunion ohne Sozialismus –, dann sind auch

andere Länder wie Kasachstan oder Georgien in Gefahr. Wenn wir jetzt der Logik der Waffenlieferungen folgen, dann heißt das auf Jahrzehnte ein neues Wettrüsten, in dem die NATO alle möglicherweise betroffenen Länder immer weiter hochrüsten »müsste«. Neben allen praktischen und finanziellen Fragen, die sich dabei stellen, wäre das vor allem eine klare Absage an langfristige Friedensperspektiven für Europa – siehe dazu unten mehr.

6. These: Keine Waffen zu liefern ist kein Nichtstun

Acht Jahre lang musste ich mir im Bundestag von den Kriegstreiber*innen der anderen Parteien anhören, wir würden die Mädchen in Afghanistan alleinlassen, wenn wir gegen den Auslandseinsatz sind. Das war damals falsch, und genauso falsch ist es heute, wenn Gegner*innen von Waffenlieferungen vorgeworfen wird, sie würden die Menschen in Kiew »verrecken« lassen, wenn wir keine Waffen liefern. O-Ton Linkspartei zu Linkspartei.

Niemals nie dürfen wir uns als Linke vor die falsche Wahl stellen lassen, militärisch einzugreifen oder gar nichts zu tun. Es gilt immer, auch eine zivile Option zu prüfen – und in den meisten Fällen werden wir feststellen, dass es natürlich auch nicht-militärische Optionen gibt, die zielführender sind

und außerdem keine nachhaltigen Schäden verursachen. Militärische Intervention und Nichtstun ist und bleibt ein falsches Gegensatzpaar.

Das heißt aber auch: Es reicht jetzt nicht aus, einfach nur »No War« zu rufen, sich mit den Demokrat*innen in Russland und der Ukraine solidarisch zu erklären, für Friedensverhandlungen und gegen die Aufrüstung der NATO zu sein. Auch wir als Linke müssen eine Idee davon haben, wie ein Aggressor wie die aktuelle russische Regierung gestoppt werden kann. Ganz konkret.

7. These: Die Welt ist größer als Russland und die NATO

Vor die verengte Wahl zwischen militärisch oder gar nicht Handeln gestellt, besteht einer von mehreren alternativen Wegen darin, Dritte einzubinden. Ich frage mich seit einiger Zeit, warum Scholz, Macron und Biden nicht täglich in Peking vorbeischaun und versuchen, China für die Unterstützung einer akzeptablen Friedenslösung zu gewinnen. Natürlich weiß niemand, wie sehr die russische Regierung auf eine Unterstützung oder zumindest auf ein Stillhalten Chinas angewiesen ist, aber es könnte tatsächlich den entscheidenden Unterschied machen. Deshalb müsste eine wirkliche Friedensdiplomatie auch hier ansetzen, selbst wenn die Erfolgswahrscheinlichkeit gering ist.

Diese Situation erinnert wieder sehr an die Diskussion um Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga 2014. Damals finanzierte der IS sich immer noch vorwiegend aus Spendengeldern aus den Golfstaaten. Um diese Geldflüsse zu kappen, gab es entsprechende UN-Resolutionen. Die Bundesregierung unternahm in diese Richtung aber gar nichts: Bei einem Besuch in Katar mussten wir feststellen, dass die deutsche Botschaft in Katar noch nicht einmal wusste, wer in dem Golfstaat überhaupt für solche Fragen zuständig ist. Als Erklärung dafür hieß es später von Abgeordneten der CDU lapidar: Da könne man in Katar nichts machen, denn die besäßen große Anteile an VW-Aktien, darauf müsse man Rücksicht nehmen. Ganz einfache Frage, ganz einfache Antwort: Deutschland hätte mit seiner wirtschaftlichen Macht durchaus Einfluss auf Katar nehmen und damit den IS finanziell deutlich schwächen können, hat aber die politischen und wirtschaftlichen Kosten dieser zivilen Maßnahme gescheut. Waffenlieferungen waren – politisch – einfach billiger. Das ist Militarismus.

Vor diesem Hintergrund habe ich die Befürchtung, dass die Bundesregierung eine solche Diskussion mit Peking scheut, gerade weil sie dafür einen politischen Preis zahlen müssten. Aber wenn die ganzen Solidaritätsbekundungen mit der Ukraine ernst gemeint sind, dann sollte es zumindest versucht werden, diesen Weg zu gehen.

Solidarität darf nicht da aufhören, wo sie anfängt wehzutun. Insbesondere dann nicht, wenn die Alternative im massenhaften Export von Kriegsgerät besteht – denn dieses fügt anderen Menschen in anderen Ländern bestimmungsgemäß und garantiert lebensbedrohliche Verletzungen zu.

8. These: Wir sollten den Begriff der «gezielten» Sanktionen neu fassen

Ein anderer nicht-militärischer Weg des Eingreifens besteht natürlich darin, wirtschaftlichen Druck durch Sanktionen auszuüben. Es gibt viele gute Argumente gegen allgemeine wirtschaftliche Sanktionen, weil sie in der Vergangenheit selten die intendierte Wirkung gezeigt, sondern am stärksten die Ärmsten der Armen in den sanktionierten Ländern getroffen haben. Sanktionen verschärfen die soziale Ungleichheit innerhalb kapitalistischer Gesellschaften, was oft genug zum nationalen Schulterchluss gegen einen äußeren Feind geführt hat. Diese Gefahr besteht insbesondere in autoritären Staaten, in denen Meinungsfreiheit, Zivilgesellschaft und Medien unterdrückt werden. Als Linke haben wir uns in der Vergangenheit deshalb zwar für gezielte, aber gegen allgemeine Sanktionen ausgesprochen.

»Gezielte« Sanktionen meinte bislang immer personenbezogene Sanktionen gegen die jeweilige Machtelite eines Landes: Reiseverbote zum Beispiel oder ein Einfrieren von Vermögenswerten im Ausland. Genau das hat es auch gegenüber Russland gegeben, Sanktionen gegen den engsten Kreis rund um Putin einschließlich einiger Multimilliardäre, den sogenannten Oligarchen.

An dieser Stelle müssen wir noch einmal auf die Ausgangsfrage zurückkommen: Was könnte die russische Regierung am ehesten dazu bewegen, möglichst schnell in Friedensverhandlungen einzusteigen? Ein Weg dahin ist es sicherlich, die Machtbasis der Putin-Regierung in Russland zu schwächen. Russland ist ein durch und durch kapitalistisches Land, Putins Macht stützt sich auf eine starke Kapitalfraktion. Die besteht aber aus sehr viel mehr als nur einigen Banken und den paar reichsten Oligarchen, die gerade von Sanktionen betroffen sind. Erst wenn sich die Schicht darunter, die Zigtausend Mehrfachmillionär*innen, gegen Putin wenden, könnte es für ihn eng werden.

Deshalb plädiere ich dafür, sie alle auf eine Sanktionsliste setzen. Dann kann man im Prinzip alles, was diese Leute im Westen besitzen, einfrieren. Das Problem wird dann sein, dass sie vieles in Steueroasen untergebracht haben, das Problem wird sein, dass es kein Immobilienregister in Deutschland gibt. Aber man könnte es versuchen: die Konten einfrieren und den Zugang zu Yachten und Luxuswohnungen verwehren. Es besteht eine berechtigte Hoffnung, dass viele sich dann gegen die Expansionspläne wenden, am Ende ist für viele die eigene Brieftasche wichtiger als der Traum von einem großrussischen Reich.

Ein solcher Ansatz hätte noch einen ganz besonderen Vorteil: Um wirksam zu werden, bräuchte es mehr Transparenz darüber, wem welche Vermögenswerte in Europa überhaupt gehören. Das ganze System der Steueroasen und Briefkastenfirmen müsste endlich beseitigt werden – das würde auch die westeuropäischen Superreichen treffen. Damit hätte ich kein Problem, die Bundesregierung allerdings schon, und das ist ein Punkt, den wir in der öffentlichen Diskussion viel stärker betonen müssen: Man kann doch nicht zu falschen Waffenlie-

ferungen greifen, nur weil einem der Schutz der deutschen Superreichen wichtiger ist als das Schicksal der Ukrainer*innen und der Ukraine?! Hier liegt ein wirklich linker Ansatz, der weit über den aktuellen Krieg hinausweist.

9. These: Einen Stopp der Öl- und Gasimporte aus Russland sollten wir diskutieren

Und hier komme ich an meine Grenze, deshalb ist dies auch nicht wirklich eine These, sondern eher eine offene Frage für mich: Wenn all das andere nichts nützt, wenn China sich an die Seite Russlands stellt, wenn auch eine Sanktion der Multimillionär*innen und eine Unterstützung der Friedensbewegung in Russland nichts verändert: Wäre es dann nicht richtig, endlich alle Öl- und Gaslieferungen aus Russland zu stoppen? Jeden Tag überweist der Westen mehrere Hundert Millionen US-Dollar an Russland für fossile Energien. Ohne dieses Geld würde selbst die bereits hochgerüstete Kriegsmaschinerie Moskaus bald ins Stocken geraten.

Dagegen steht allerdings das starke Argument, dass das vor allem die ärmere Bevölkerung in Russland treffen würde, es wäre Wasser auf die Mühlen der russischen Propaganda und könnte Putin sehr viel mehr Rückhalt auch für künftige Kriege verschaffen, als er bislang hat.

Und andersherum wären auch innerhalb der EU diejenigen Menschen am stärksten von Preissteigerungen und Rohstoffknappheit betroffen, die bereits jetzt selten genug zum Leben haben. Eine derartige Forderung nach einem kompletten Importstopp für fossile Energien aus Russland müsste deshalb an eine solidarische Krisenfinanzierung hier in Deutschland und der EU gekoppelt werden.

10. These: Neutralität für die Ukraine ist eine Entscheidung der Ukraine, nicht unsere

Sollte es – hoffentlich schon sehr bald – auf beiden Seiten die Bereitschaft zu ernsthaften Friedensverhandlungen geben, wird natürlich die Frage einer neutralen Ukraine als russische Forderung auf dem Tisch liegen.

Dazu eine kurze Klarstellung: Bis vor wenigen Wochen bin auch ich davon ausgegangen, dass es Russland vor allem um Sicherheitsinteressen geht. Diese Analyse halte ich nun für rundum falsch. Es geht offenbar auch nicht «nur» um eine Demilitarisierung der Ukraine, denn dafür müsste die russische Armee keine zivilen Wohngebiete bombardieren. Unabhängig von den tatsächlichen Kriegszielen Russlands wird bei kommenden Friedensverhandlungen die Sicherheitsfrage trotzdem eine wichtige Rolle spielen.



In den letzten Monaten wurde oft von einer «finnischen» Lösung für die Ukraine geredet, das heißt ein neutraler Status. Wichtig daran ist jedoch, dass Finnland sich seinerzeit eigenständig für Neutralität entschieden hat, sie wurde nicht über Finnland hinweg verhandelt. Dasselbe muss für die Ukraine gelten – es wäre grundfalsch und hätte fast schon neokolonialen Charakter, wenn zum Beispiel die USA und Russland einen solchen Status für die Ukraine aushandeln würden.

In einer perfekten Welt wäre es sicher eine gute Idee, die EU und Russland würden mit der Ukraine darüber diskutieren, dass ein neutraler Status für die Ukraine eine gute Option wäre. Beide Seiten könnten dann entsprechende Angebote einbringen, die eine Neutralität für die Ukraine attraktiv machen könnten. Von einer solchen Situation sind wir aktuell leider sehr weit entfernt.

Der lange Weg zu einer neuen Friedensordnung

Auf den ersten Blick sieht es so aus, als ob mit dem russischen Angriffskrieg auch alle Überlegungen für eine friedliche Zukunft auf dem eurasischen Kontinent gescheitert sind. Die LINKE stand immer für ein kooperatives Sicherheitssystem unter Einbeziehung Russlands. Jetzt müssen wir nüchtern feststellen: Mit *diesem* Russland geht das nicht.

Aber das heißt ja nicht zwangsläufig, dass jetzt wieder Aufrüstung und Kalter Krieg die einzigen Optionen sind. Natürlich ist ein kooperatives Sicherheitssystem in weite Ferne gerückt – aber die Vision ist trotzdem noch richtig. Langfristig, in einer Nach-Putin-Ära, wird es darum gehen, langsam wieder Vertrauen aufzubauen. Dafür sollte der Westen allerdings

jetzt die richtigen Schritte einleiten und die falschen unterlassen:

1. Dieser Krieg ist in erster Linie Putins Krieg. Es ist nicht Russland, nicht die russische Bevölkerung, sondern eine kleine Machtelite in Moskau, von der dieser Krieg ausgeht. Es wäre fatal, wenn der alte westdeutsche Russenhass jetzt wieder Raum greift.
2. Auch wenn der jetzige Angriffskrieg ganz sicher nicht auf die elementaren Sicherheitsinteressen Russlands zurückzuführen ist, bleibt die Kritik an der NATO-Osterweiterung richtig. Die NATO ist und bleibt ein Kind des Kalten Krieges, sie hat im 21. Jahrhundert nichts zu suchen. Jede Erweiterung der NATO nach Osten wird auch langfristig eine kooperative Lösung in Europa mit Russland erschweren oder gar verhindern. So sehr der aktuelle Wunsch von Finnland nach einem NATO-Beitritt nachvollziehbar ist – das hätte langfristige Konsequenzen, die wir alle nicht wollen können.
3. Die massive Aufrüstung der Bundeswehr mit dem 100-Milliarden-Euro-Paket führt eher in Richtung eines neuen Wettrennens und Kalten Krieges. Sollte Russland als tatsächlich als Bedrohung wahrgenommen werden, dann wäre die logische Konsequenz, die Bundeswehr auf eine reine Verteidigungsarmee zur Landesverteidigung umzustellen. Früher nannten wir das »Strukturelle Nichtangriffsfähigkeit«, das heißt, die Bundeswehr verzichtet auf alle Waffen und Systeme, die sie nur für Auslandseinsätze braucht (z. B. das Transportflugzeug A400M oder Korvetten oder oder oder...). Das würde so viel Geld sparen, da blieben in den nächsten Jahren 100 Milliarden Euro übrig. Gleichzeitig wäre der Weg in ein neues Wettrennen gestoppt.

Der Appell:

Demokratie und Sozialstaat bewahren – Keine Hochrüstung ins Grundgesetz!

Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda.

Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.



Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnah-



#derappell HET BOЙHE - Nein zum Krieg! www.derappell.de (vom 22.3.2022)

menpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen. Schon jetzt übersteigen die »Verteidigungsausgaben« aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos.

Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukrainekonflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Mil-

liarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der »Schuldenbremse« festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer

globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense In-

vestitionen in Zukunftstechnologien und soziale Abfederung erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

Initiator*innen: Jan Dieren (SPD, MdB), Klaus Dörre (Soziologe, Uni Jena), Julia Schramm, (Autorin, DIE LINKE), Ingar Solty (Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Andrea Ypsilanti, (SPD Mitglied, Sprecherin Institut Solidarische Moderne)

Erstunterzeichner*innen (Auswahl): Stephan Lessenich (Direktor des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt/M.), Christoph Butterwegge (Politikwissenschaftler, Köln), Hilde Matheis (SPD), Gregor Gysi (DIE LINKE, MdB), Dagmar Enkelmann (Vorstandsvorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung), Jakob Augstein (Journalist und Verleger), Max Uthoff (Kabarettist), Bela B. (Musiker, Die Ärzte), Konstantin Wecker (Musiker), Torsten Scholz (Musiker, Beatsteaks), Sebastian Krumbiegel (Musiker, Die Prinzen), Sookee (Musikerin und Aktivistin), Corinna Harfouch (Schauspielerin), Katja Riemann (Schauspielerin), Robert Stadlober (Schauspieler), Annette Frier (Schauspielerin), Christian Baron (Schriftsteller und Journalist), Thorsten Nagelschmidt (Schriftsteller und Musiker), Jörg Sundermeier (Verleger), Margot Käßmann (Evangelische Theologin), Hans-Jürgen Urban (Vorstand der IGM), Sarah-Lee Heinrich und Timon Dzienus (Bundessprecher/in Grüne Jugend), Volker Lösch (Regisseur), Svenja Flaßpöhler (Chefredakteurin, Philosophie Magazin), Shermin Langhoff (Intendantin des Maxim-Gorki-Theaters, Berlin)

Was wir mit 100 Milliarden Euro machen würden:

- 10 Jahre lang wären 200 000 zusätzliche Erzieher:innen ausfinanziert.
- 44 Mrd. Euro fehlen bundesweit an Investitionen in Schulen: Schuldächer, Klos, Turnhallen, Digitalisierung
- 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Krankenhäusern und 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in Pflegeeinrichtungen könnten damit 9 Jahre lang finanziert werden.
- Mit 100 Mrd. Euro könnten bis zur nächsten Bundestagswahl der Nahverkehr ausgebaut werden: mehr und bessere Verbindungen, schnellere Taktung, der Personalmangel könnte ausgeglichen werden und der ÖPNV könnte bundesweit kostenfrei sein.
- Der Hunger auf der gesamten Welt könnte bis 2030 beseitigt sein, wenn die Mittel zur Hungerbekämpfung um 14 Mrd. Euro pro Jahr erhöht würden. Stattdessen sind die Mittel im Bundeshaushalt gekürzt worden.

Wer es ganz genau wissen möchte, was sich mit 100.000.000 Euro noch machen ließe, dem/der sei der Blick auf die Vorschlagsliste der Bundestagsfraktion DIE LINKE empfohlen:
<https://100mrd.linksfraktion.de/>

Kulturtipp

Der 8. Mai muss ein Feiertag werden!



Genau dieses ist am 14. April im Hauptausschuss der Bezirksversammlung Eimsbüttel beschlossen worden. Angenommen wurde ein entsprechender gemeinsamer Antrag der Fraktionen der GRÜNEN, der SPD, der LINKEN sowie der fraktionslosen Abgeordneten Susanne Hericks. Eimsbüttel ist damit der erste Bezirk in Hamburg, der den 8. Mai nicht nur als Gedenk-, sondern auch als Feiertag verankert wissen will – in Erinnerung an den international begangenen Tag der Befreiung von Faschismus und Krieg 1945. In einer Pressemitteilung kommentierte Peter Gutzeit von der Eimsbütteler Linksfraktion diesen bemerkenswerten Beschluss wie folgt: »Ich freue mich, dass das Vermächtnis der ehemaligen Eimsbüttelerin, Esther Bejarano, den 8. Mai endlich in Hamburg zu einem Feiertag zu machen, in Eimsbüttel seine Initialzündung hatte. Nun ist der Senat aufgefordert, ein deutliches, friedenspolitisches Bekenntnis abzulegen und diese Forderung auch umzusetzen. Gerade zum jetzigen Zeitpunkt des Überfalls Russland auf die Ukraine, ist es wichtiger denn je, den Frieden zu feiern, damit der Krieg keine Zukunft hat.«

Tatsächlich ist dieser wegweisende Beschluss nicht zufällig in Eimsbüttel gefasst worden, denn schon seit längerem gibt es diesem Bezirk rund um den 8. Mai einen »Monat des Gedenkens« – in diesem Jahr nunmehr schon zum neunten Mal. Rund 50 Veranstaltungen sind geplant, beginnend mit dem 20. April, an dem vor 77 Jahren 20 jüdische Kinder und mehrere sowjetische Kriegsgefangene in der Schule am Bullenhusen Damm ermordet worden, um kurz vor Kriegsende Zeug:innen der Menschenversuche der Nazis zu beseitigen.

Das wirklich beeindruckende, 28seitige-Programm des Eimsbütteler Gedenkmonats sieht bis zum 31. Mai u.a. einen Rundgang zu widerständigen Frauenbiografien (25. April) und eine Ausstellung zu jüdischen Schulen in der NS-Zeit vor (27. April). Zu den überregional bedeutsamen Terminen gehört sicherlich die Gedenkveranstaltung anlässlich der Befreiung der Häftlinge des KZ Neuengamme (3. Mai) und das Fest der Befreiung auf dem Rathausmarkt sowie eine Demonstration ab Lohseplatz/Gedenkort Hannoverscher Bahnhof (8. Mai). Mehr zu alledem unter <http://www.gedenken-eimsbuettel.de/>. Erfreulich, inzwischen hat auch der Bezirk Hamburg-Mitte nachgezogen und veranstaltet vom 20. April bis zum 8. Mai eine »Woche des Gedenkens« (<https://gedenken-hamburg-mitte.de/>).

Zu den Besonderheiten des diesjährigen Gedenkens gehört auch erstmals das Format »Denkmal am Ort«. Dabei geht es um die konkrete Verortung von Verfolgung von Verfolgung und Widerstand, denn »jedes Haus hat eine Geschichte zu erzählen«. Diese Aktion, die es 2022 bisher nur in Berlin, Frankfurt, München und eben Hamburg gibt, findet am Wochenende 7./8. Mai statt. Das komplette Programm für die insgesamt zwölf Veranstaltungen gibt es hier: <https://www.denkmalamort.de/deutsch/dmao-programm-2022-1/hamburg-7-8-mai/>. ♦



Mit diesem Bürger:innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger:innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Burchardstraße 21, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg